

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 82 (1988)
Heft: 1

Artikel: NW-Gespräch mit Monika Stocker, Hansjörg Braunschweig, Thomas Heilmann und Jo Lang : die Linke in der Schweiz nach den Wahlen 1987
Autor: Stocker, Monika / Braunschweig, Hansjörg / Heilmann, Thomas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143385>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Linke in der Schweiz nach den Wahlen 1987

Das nachstehend wiedergegebene Gespräch versteht sich als Auftakt zu einer Grundsatz- und Strategiediskussion über linke und grüne Parteigrenzen hinweg. Bereits am 5. Februar 1988 soll es gemeinsam mit interessierten Leserinnen und Lesern unserer Zeitschrift eine Fortsetzung erfahren. Das Gespräch hat am 3. Dezember 1987 stattgefunden. Mitten in einer politisch bewegten Woche: drei Tage nach Eröffnung der ersten Parlamentssession in der neuen Legislaturperiode sowie drei Tage vor dem Urnengang über die Mutterschaftsversicherung – die, wie im Gespräch nicht anders erwartet, massiv abgelehnt wurde – und über die Rothenthurm-Initiative – deren erfreuliche Annahme die Frage nach mehrheitsfähigen Themen in der schweizerischen Innenpolitik für einmal durch die Praxis beantwortet. Sechs Tage nach diesem Gespräch sind auch die Bundesratswahlen über die Bühne gegangen – gemäss den «Sachzwängen», von denen hier die Rede ist. Das Gespräch leitete Willy Spieler, der auch die Tonbandnachschrift besorgte. Red.

Vom schwierigen Umgang mit Waffenhändlern und anderen parlamentarischen «Sachzwängen»

NW: Unser Gespräch ist vermutlich Trauerarbeit. Wir analysieren miteinander den Ausgang der eidgenössischen Wahlen 1987, die nicht die «Hoffnungswahl» geworden sind, die wir vielleicht erwartet haben. Die bürgerlichen Parteien haben unter dem Strich nichts verloren, die linken und die grünen Parteien zusammen nichts gewonnen. Verschiebungen haben innerhalb dieser Blöcke stattgefunden, zum Teil allerdings sehr schmerzliche Verschiebungen, vor allem für die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS), die das schlechteste Ergebnis seit der Einführung der Proporzwahl von 1919 erzielt und sechs von bisher 47 Mandaten verloren hat. Es geht uns bei der Auswertung der Wahlergebnisse nicht um Prozentpunkte, die linke und grüne Parteien zugelegt oder verloren haben. Es geht uns viel entscheidender um die Frage, ob eine «andere Schweiz» in absehbarer Zeit überhaupt noch möglich ist. Darüber wollen wir gemeinsam und – soweit die

«Neuen Wege» Öffentlichkeit herstellen können – auch öffentlich nachdenken. Wir haben nicht die Absicht, ein parteipolitisches Streitgespräch zu führen, obschon unsere Gesprächsrunde sich sehr «ausgewogen» aus Mitgliedern verschiedener Parteien zusammensetzt, dazu noch paritätisch aus zwei Mitgliedern des Nationalrates und zwei Nicht- oder Nicht-Nationalräten. Wohl aber möchten wir die Erfahrungen einbringen, die wir aufgrund unserer verschiedenen politischen Standorte und Aktivitäten in den letzten Jahren gewonnen haben.

Monika Stocker, Du bist neu in den Nationalrat gewählt worden und hast in diesen Tagen Deine ersten parlamentarischen Gehversuche unternommen. Mit welchen Erwartungen oder auch Befürchtungen bist Du an die erste Session der neuen Legislaturperiode gegangen?

Monika Stocker: Die Erwartungen waren, dass ich dort Menschen begegne, vor allem Frauen, aber auch Männern, die nicht in Resignation verfallen, sondern die bereit sind, noch oder wieder etwas zu versuchen. Diese Erwartungen haben sich mindestens in Bezug auf die Frauen

schon ein Stück weit erfüllt. Ich bin da sehr wohlwollend aufgenommen worden, und zwar – was mich immer wieder erstaunt – über die Parteigrenzen hinweg. Die Erwartungen an mein Mandat sind wohl die gleichen, die schon im Wahlkampf eine Rolle gespielt haben. Ich wurde sicher als Frauenpolitikerin und als Friedenspolitikerin gewählt. Unterstützung erhielt ich aus meinem beruflichen Umfeld, als Sozialarbeiterin und aus der Friedensbewegung. Darüber könnten wir ebenfalls gemeinsam nachdenken: Sind es nicht in erster Linie die Themen, die heute ausschlaggebend sind, und nicht so sehr die Parteien?

Meine Befürchtungen sind, dass ich in diesem Wirrwarr von Papieren eines Tages ersticken werde, aber auch, dass ich in diesem ganzen Taktieren und Lavieren zwischen den Fraktionen meine Linie verlieren könnte, dann in diesem allgemeinen Blabla einfach mitmachen und nicht mehr spüren würde, was ich da an eigener Entscheidung einbringen müsste.

NW: Hansjörg Braunschweig, Du vertrittst die SP im Nationalrat seit zehn Jahren. Wie beurteilst Du die Zusammensetzung des neuen Parlaments und natürlich auch Deiner Fraktion? Was den ersten Teil meiner Frage betrifft, so packt mich das kalte Grausen, wenn ich an die Wahl eines Lobbyisten des Waffenhandels zum Nationalratspräsidenten denke, der sich anschliessend gar noch durch Mozarts «Krönungsmesse» im Zürcher Fraumünster feiern lässt.

Hansjörg Braunschweig: Jetzt schon eine Beurteilung abzugeben, ist verfrüht. Aber ich teile Deine Befürchtungen. Ich muss es sogar noch deutlicher sagen: Der neue Nationalratspräsident ist Verwaltungsrat der Firma Bührle. Er hatte also in dieser Woche einen doppelten Erfolg, nämlich als Nationalrat und als Verwaltungsrat von «Bührle». Das fällt sehr schön zusammen und scheint mir recht symptomatisch zu sein.

NW: Kannst Du zuhänden unserer Lese-

rinnen und Leser aus dem Ausland noch sagen, welchen Erfolg es bei der Firma Bührle zu feiern gibt?

Hansjörg Braunschweig: Die Firma Bührle hat mit ihrem neuen Lenkwaffensystem «Adats» in den Vereinigten Staaten einen Durchbruch erzielt und sich mit diesem Fünf-Milliarden-Auftrag wahrscheinlich für einige Zeit selber gerettet, auch sehr viele Arbeitsplätze gesichert. Nur, der Preis, der dafür bezahlt wird, ist sehr hoch.

Ich muss noch etwas ergänzen: Der neue Vizepräsident des Nationalrats ist Verwaltungsrat jener Tettamanti-Bank, die sich in den letzten Monaten bemüht hat, die Firma Sulzer zu übernehmen. Aber er hat sein Verwaltungsratsmandat nicht offengelegt, obwohl er gesetzlich dazu verpflichtet gewesen wäre.

Wir haben auch die erste Debatte hinter uns, in der es um die Ratifikation der Europäischen Sozialcharta ging. Da war es auffällig wie eh und je, dass die SVP geschlossen dagegen stimmte, die FDP ebenfalls mit zwei oder drei Ausnahmen. Auch für ihre liberale Haltung bekannte Freisinnige wie der Genfer Petitpierre sind in dieser Frage strammgestanden, angeblich aus juristischen Überlegungen. Von daher kann die Prognose für das neue Parlament nicht günstig lauten.

Unsere Fraktion ist kleiner geworden. Das wird sich auf die Abstimmungsergebnisse auswirken. Wenn die von uns erhofften Verschiebungen um zehn bis fünfzehn Mandate eingetreten wären, dann hätten wir gestern der Sozialcharta zugestimmt. Da hilft auch die Qualität der einzelnen Mitglieder und der Fraktion nicht weiter, denn bei den Abstimmungen fällt diese Qualität nicht ins Gewicht. Wenn auf der einen Seite eine derartige Borniertheit vorhanden ist, wie sie sich gestern und vorgestern gezeigt hat, keiner Überlegung, keinem Argument zugänglich, dann nützen die weisesten und die phantasie reichsten Vorschläge nichts. Auf der andern Seite haben wir eine Reihe von neuen Fraktionsmitglie-

dern mit neuen Ideen und neuen Impulsen. Und das ist ausserordentlich erfreulich.

Aber nun gibt es das andere, vor dem ich Angst habe, das sind die Sachzwänge des Parlaments. Da haben wir als SP-Fraktion nach meiner Beurteilung bereits sehr schlecht angefangen. Wir haben offiziell diesen Reichling als Nationalratspräsidenten unterstützt, weil das wieder eine Frage der Gegenseitigkeit ist. Da sind Ängste vorhanden, dass man eine Retourkutsche bekäme. Diese Ängste sind natürlich auch berechtigt. Wir haben den Vizepräsidenten unterstützt. Und wir unterstützen den Bundesratskandidaten Ogi, obwohl alle bei uns wissen, dass er von allen vier SVP-Bewerbern der schwächste ist und über keinen Leistungsausweis verfügt. So wie letztes Jahr Koller als Kandidat der CVP auch keinen Leistungsausweis aus jüngerer Zeit erbringen konnte. Das alles unterstützen wir als Bundesratspartei. Das ist unsere grosse Belastung. Ich habe immer noch die Hoffnung, dass es uns gelingt, aus diesen Sachzwängen herauszukommen, aber es dürfte ausserordentlich schwierig werden.

Platz für eine radikalere Politik neben der SP und den Grünen

NW: Thomas Heilmann, Du bist Sekretär der Poch (Progressive Organisationen Schweiz). Bei Euch hat man nicht den Eindruck von Aufbruch-, sondern eher von Abbruchstimmung. Ihr stellt Eure Zeitung ein und kämpft mit Auflösungserscheinungen, die in einigen Kantonen schon sehr weit gediehen sind. In Luzern ist die Poch bereits in ein grün-alternatives und feministisches Bündnis eingegangen. Hat diese Entwicklung auch mit dem Ausgang der Wahlen zu tun? Ist die Zeit für eine marxistische Partei innerhalb einer weltweiten antiimperialistischen Front – so habt Ihr Euch ja ursprünglich verstanden – endgültig vorbei?

Thomas Heilmann: Mit dem Ausgang der Wahlen hat diese Entwicklung in der

Poch nichts zu tun. Diese Entwicklung ist schon sehr viel länger im Gange. Sie ist aber bei einer kleinen Partei wie der Poch erst im Zusammenhang mit den Wahlen von einer breiteren Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen worden. Die Frage, ob die Zeit für eine marxistische Partei vorbei ist, haben wir schon lange beantwortet, indem wir uns seit einigen Jahren nicht mehr als marxistische Partei bezeichnen. Schon 1978 ist dieser Begriff aus dem Parteiprogramm gestrichen worden. Ich glaube jetzt selbst, dass die Zeit für eine weltanschaulich fundierte Partei vorbei ist. An der Zeit ist eine programmatische Partei.

Es gibt in der schweizerischen politischen Landschaft auch nach diesen Wahlen Platz für eine radikalere Politik, als sie von grösseren Parteien im Parlament, einschliesslich der SP oder der Grünen Partei – man verzeihe mir diese kleine Polemik – betrieben wird. Dieser Platz muss ausgefüllt werden. Das hat vor allem mit einer Entwicklung in der Grünen Partei zu tun, die ich bedaure. Die Abgrenzung von der deutschschweizerischen Neuen Linken, die der Grünen Partei vor allem von westschweizerischer Seite aufoktroiert wurde, ist bei uns mit grosser Bitterkeit registriert worden und wird auch Auswirkungen haben in den nächsten Jahren. Aber wir sind im Begriff, mit andern Personen und Gruppen aus der Neuen Linken über diesen politischen Platz heute zu diskutieren.

NW: Ich verstehe immer noch nicht ganz, warum die Poch den Marxismus über Bord geworfen haben.

Thomas Heilmann: Ich glaube schon, dass für die linke Politik ein Bezug auf die marxistische Theorie notwendig ist, Aber ich bin dagegen, dass eine Partei sich eine Ideologie zugrundelegt, auf die dann die Mitglieder verpflichtet würden. Wenn ich in einem ideologischen Sinn Marxist wäre, könnte ich zum Beispiel nicht mit einem Christen zusammenarbeiten. Dieses traditionelle Verständnis von Marxismus ist für mich vorbei.

NW: Dieses dogmatische Verständnis von Marxismus dürfte ohnehin vorbei sein. Wie das Beispiel der nicaraguanischen Sandinisten zeigt, stehen einer Zusammenarbeit von Christen und Marxisten innerhalb der gleichen Partei keine ideologischen Hindernisse im Wege. Warum soll nicht auch in der Schweiz möglich sein, was in Nicaragua bereits Wirklichkeit ist?

Thomas Heilmann: Die Sandinisten sind eben keine marxistische Partei.

NW: Aber sie gehen nichtsdestoweniger von einer marxistischen Analyse ihrer gesellschaftlichen Situation aus, genauso wie die Theologie der Befreiung.

Thomas Heilmann: Das finde ich auch sehr positiv.

NW: Dann sind wir uns einig.

Hansjörg Braunschweig: Ich habe noch eine Informationsfrage. Gilt die Auffassung, die Du, Thomas Heilmann, vertreten hast, für die ganze Poch oder nicht eher nur für Zürich, Bern, Luzern, weniger aber für Basel-Stadt und vielleicht auch Basel-Land?

Thomas Heilmann: In der Entwicklung, in der die Poch drinsteht, ist es heute schwer, das genau zu sagen. Ich glaube, es gibt heute keine einheitliche Meinung der schweizerischen Poch mehr zu diesen Fragen.

Die Linke ist nackt

NW: Die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) hat sich an den eidgenössischen Wahlen nicht beteiligt, lehnt aber die parlamentarische Arbeit nicht grundsätzlich ab. Jo Lang, Du selbst bist Mitglied des Zuger Gemeinderates, wie dort die Stadtlegislative heisst. Kannst Du uns kurz sagen, was die SAP vertritt und welche Bedeutung für Euch der Ausgang der Herbstwahlen 1987 hat?

Jo Lang: Wir haben uns an den Wahlen beteiligt . . .

NW: . . . aber nicht als SAP.

Jo Lang: Nein, aber im Rahmen von grün-alternativen Bündnissen, ausser in den Kantonen Genf und Zürich, wo wir andere Linksparteien – in Zürich zum

Beispiel die Poch – unterstützten. Der Entscheid, nicht als SAP an den Wahlen teilzunehmen, sondern im Rahmen dieser Bündnisse, ist Teil unserer Idee, dass sich alle alternativen Kräfte in der Schweiz zu einer einheitlichen, aber pluralistisch strukturierten Organisation zusammenschliessen sollten. Diese Organisation hätte kein weltanschauliches Fundament. In ihr gäbe es vielmehr Platz für verschiedene weltanschauliche Strömungen. Ihre Grundlage wäre ein gemeinsames Arbeitsprogramm. Wir von der SAP würden in einer solchen gemeinsamen Organisation also nicht unsere Ideen aufgeben, sondern unsere bisherige Struktur. Dass diese alternativen Kräfte in der Schweiz ihre Zukunft haben, das zeigen die relativ guten Stimmen-Ergebnisse des alternativen Grünen Bündnisses Schweiz (GBS) bei den Nationalratswahlen.

Aufgabe eines derartigen Zusammenschlusses, von dem das grün-alternative Bündnis erst ein Anfang ist, wäre es, ausser- und innerparlamentarische Tätigkeit, Bewegungsarbeit und institutionelle Politik zusammenzubringen, vor allem aber auch inhaltlich die Ökologiefrage mit der Frauenfrage, der sozialen Frage und der Drittweltfrage zusammenzubringen. Nach dem Börsensturz, der ja einen Tag nach den Nationalratswahlen begonnen hat, ist es klar, dass gerade auch die soziale Frage bei weitem nicht gelöst ist, sondern sich in Zukunft wieder schärfer stellen wird.

Das Hauptproblem der verlorenen «Hoffungswahl» heisst nicht: Ist die Schweiz rechter geworden? Vielmehr haben die Wahlen wie ein Schlaglicht die Politlandschaft in der Schweiz erhellt. Sie haben gezeigt: Die Linke ist nackt im Sinne von kaum vorhandener gesellschaftlicher Verankerung. Die grosse Schwäche der Linken sind nicht die schlechten Wahlergebnisse, sondern die Ursachen der schlechten Wahlergebnisse. Die sozialen Netze und auch die sozialen Werte der Schweiz sind in den letzten

Jahrzehnten geschleift worden. Und das ist sicher zu einem bedeutenden Teil eine Folge des «Arbeitsfriedens» beziehungsweise der «Sozialpartnerschaft» und der Regierungsbeteiligung der SP. Vor allem hat die Linke derart an Profil verloren, dass sie nicht mehr fähig ist, die neuen lohnabhängigen Sektoren anzusprechen, etwa die Spitalangestellten, die heute wahrscheinlich die lebendigsten Teile der Lohnabhängigen sind, zur traditionellen Arbeiterbewegung aber höchstens noch über die – einer ganz und gar nicht traditionellen Linie folgenden – VPOD-Frauen Zugang haben.

NW: Kannst Du noch ergänzen, welchen Marxismus die SAP vertritt?

Jo Lang: Die SAP kommt aus einer marxistischen, antistalinistischen Tradition. Man nennt uns deshalb auch Trotzlisten. Uns selber passt dieser Name nicht, weil er an eine Person gebunden ist. Wir halten uns lieber an die Wirklichkeit, die heute lebt, als an eine Person, die vor bald 50 Jahren gestorben ist.

Vor einem dynamischen Entwicklungsprozess bei den Grünen

NW: Bei der Analyse des Wahlausgangs fällt auf, dass es der Grünen Partei der Schweiz (GPS) nicht gelungen ist, in bürgerliche Wählerschichten einzubrechen. Was die Grünen zugelegt haben, das haben sie der SP abgenommen, also einer Partei, die in Fragen der Umweltpolitik kaum hinter der GPS zurücksteht. Das war ja wohl nicht der Sinn der «Hoffnungswahl», für die Monika Stocker im gleichnamigen Bändchen sich eingesetzt hat.

Monika Stocker: Im Kanton Zürich hatten wir 1987 nicht nur Nationalrats-, sondern auch Kantonsratswahlen. Wenn wir diese beiden Wahlen analysieren, dann fällt auf, dass sie sich nicht vergleichen lassen. Bei den Kantonsratswahlen ist es uns tatsächlich gelungen, den bürgerlichen Parteien Stimmen wegzunehmen zugunsten der Grünen. Anders wäre der grüne Rutsch im Kanton Zürich nicht möglich gewesen. Genau dieser Erfolg

hat dann aber für die eidgenössischen Wahlen Gegenkräfte mobilisiert. Hinzu kommt, dass wir in der Stadt eine andere Grüne Partei haben als auf dem Land. Auf dem Land sind einige Spitzenpolitikerinnen und -politiker der Grünen ehemalige SVP-Mitglieder. Das sind Entwicklungen, die bereits ein paar Jahre zurückliegen. Sie haben übrigens sehr viel zu tun mit der Abgrenzungsfrage, die Thomas Heilmann aufgeworfen hat. Für die Grünen wird jetzt aber ein dynamischer Entwicklungsprozess beginnen, von dem ich noch nicht sagen kann, wo er hinführen wird.

Für mich ist der Ausgang der Nationalratswahlen natürlich nicht erfreulich. Es war nicht unsere Absicht, der SP Stimmen wegzunehmen. Sonst wären wir ja auch keine Listenverbindung mit der SP eingegangen. Allfällige Restmandate sollten unter SP und Grüne verteilt werden und nicht unter irgendwem sonst.

Unsere Chance ist der «neue Besen», von dem man annimmt, dass er besser kehre. Darum ziehen wir zum Teil auch noch Leute an, die nicht mehr zur Urne gegangen sind, etwa aus Enttäuschung über «die da oben», die ja ohnehin machten, was sie wollten.

Dass ich zum Beispiel für die Grüne Partei kandidiert habe, hat damit zu tun, dass ich von dieser Partei auch angefragt worden bin. Es hat mich nie eine linke Partei gefragt, ob ich beitreten und eine Spitzenposition beziehen möchte. Das hat wohl mit der Angst vor der Personal- und Machtfrage zu tun, die ich auch in den linken Parteien beobachte. Wer da zu stark wird, der wird sehr schnell wieder «gebodigt». Das wäre dann wieder eine Kritik auch an den linken Parteien: Wahlen werden ja immer mehr zu Personenwahlen, ob uns das jetzt passt oder nicht. Wenn dann aber die Personen nicht in den Vordergrund treten und nicht sich profilieren dürfen oder dann sehr schnell wieder heruntergeholt werden, dann ist dies vielleicht auch ein Grund für die Verluste.

Eine gemeinsame Politik der Neuen Linken?

Hansjörg Braunschweig: Ich habe noch zwei Fragen an Jo Lang zu richten: Du hast gesagt, dass Ihr eigentlich zufrieden seid mit dem Ergebnis des grün-alternativen Bündnisses. Ich habe den Eindruck, dass Ihr ganz und gar nicht zufrieden sein solltet. Jetzt besteht für Euch ja nicht einmal die Möglichkeit, eine eigene Fraktion zu bilden. Ich finde das etwas ganz Trauriges. Das hat sich beispielsweise gestern bereits ausgewirkt, als bei den Fraktionssprechern diese Stimme fehlte, die bisher vorhanden war und meistens ausgezeichnet vorhanden war, sei es durch Andreas Herczog, sei es durch Werner Carobbio oder sei es durch Barbara Gurtner, Anita Fetz und früher Ruth Mascarin. So etwas spürt man.

Die zweite Frage bezieht sich auf den Unterschied zwischen dem, was Du gesagt hast über die Idee eines grün-alternativen Bündnisses, und dem was Thomas Heilmann gesagt hat über eine gemeinsame Politik der Neuen Linken in der Schweiz. Für mich hat es erfreulich übereinstimmend geklungen. Warum habt Ihr Euch noch nicht verbunden?

Jo Lang: Mit dem allgemeinen Wahlausgang sind wir überhaupt nicht zufrieden. Hingegen zeigt der Stimmenanteil des grün-alternativen Bündnisses, dass es in der Schweiz einen Platz gibt für die alternativen Grünen neben den gemässigt Grünen.

NW: *Wie hoch ist dieser Stimmenanteil?*

Jo Lang: In der Deutschschweiz haben das grün-alternative Bündnis und die Poch zusammen mehr Stimmen gemacht als beispielsweise die Grüne Partei oder der Landesring je für sich. Wenn man alle Stimmen in den Kantonen der deutschen Schweiz zusammenzählt, sind es etwa fünf Prozent. Vier Mandate wurden durch Zufallsergebnisse verpasst. In Solothurn, Luzern, St. Gallen und in der Waadt fehlten jeweils nur etwa hundert Stimmen. Hätten wir diese Mandate er-

rungen, würde alles anders aussehen. Von der Sitzverteilung her ist das Resultat also schlecht, von den Wählerstimmen her ist es dagegen beachtlich.

Was die zweite Frage von Hansjörg Braunschweig nach dem Zusammenschluss dieses grün-violett-roten Spektrums angeht, so gehört die Poch natürlich auch dazu. Ich sehe keine Zukunft für eine alternative organisierte Bewegung, in der die Poch nicht dabei wäre. In einigen Kantonen hat dieser Zusammenschluss bereits stattgefunden, und in andern wird er hoffentlich bald kommen.
NW: *Wie würdest Du, Thomas Heilmann, die Frage von Hansjörg Braunschweig nach der Übereinstimmung zwischen SAP und Poch beantworten?*

Thomas Heilmann: Wenn noch mehr Leute hier am Tisch sässen, die noch andere Tendenzen innerhalb der Neuen Linken verträten, Autonome zum Beispiel, die in Zürich zum Teil in der Grünen Partei sind, oder auch ehemalige Maoisten, so würden wir feststellen, dass die Übereinstimmung noch sehr viel weiter geht. Das ist ein Prozess, der in der gesamten Neuen Linken stattgefunden hat. Dabei wird immer deutlicher, dass einige wichtige Inhalte der Neuen Linken mitzunehmen sind. Das Stichwort «Antiimperialismus» wurde erwähnt. Heute redet man vielleicht eher von «Drittweltpolitik» oder «Solidaritätspolitik».

NW: *Tönt das nur harmloser, oder meint es etwas anderes?*

Thomas Heilmann: Es tönt nicht nur harmloser, es ist auch noch etwas anderes. Es meint heute nicht mehr nur «Sieg im Volkskrieg» wie 1968. Die Neue Linke denkt da sehr viel differenzierter.

Zur Abgrenzung der Grünen gegenüber der Neuen Linken

NW: *Thomas Heilmann hat die Grünen für eine verhängnisvolle Abgrenzungspolitik gegenüber der Neuen Linken verantwortlich gemacht. Wie setzt sich Monika Stocker mit diesem Vorwurf auseinander?*

Monika Stocker: Ich kann schlecht für die Grünen der ganzen Schweiz sprechen, kenne mich da auch noch zu wenig aus. Was ich bisher gemerkt habe, ist, dass der Name «Poch» für viele Mitglieder der Grünen Partei nach wie vor nicht geht. Das kann ich bedauern und bejammern. Auf der andern Seite hat es mit dem zu tun, was Thomas Heilmann soeben als die «harmlosere» Sprache bezeichnet hat. Politik ist nur zu machen, indem wir uns miteinbeziehen. Es macht einen Unterschied, ob ich sage «antiimperialistische Politik» und meine: Hier stehe ich als Linke – obwohl ich manchmal nicht weiss, ob ich eine bin –, und auf der andern Seite sind die «Bösen», die Imperialisten. Gegen die kann ich Politik machen und bin da ganz fein raus. Bei vielen Themen, die wir heute haben, bin ich damit gerade nicht fein raus, schon gar nicht mit «anti». Weder bei Südafrika, noch bei der Drittweltfrage, noch bei der Umweltfrage bin ich fein raus, ich bin vielmehr mitten drin.

Das dünkt mich auch das Entscheidende, ob wir auch bereit sind, uns als Partei, als Gruppierung oder als soziale Bewegung auf einen Lernprozess einzulassen, ohne genau zu wissen, wo uns der hinführen wird. Das nehme ich für die Frauenbewegung in Anspruch, ein Stück weit für die Friedensbewegung und auch für die Grüne Partei. Ich weiss nicht, wo die Grüne Partei in vier Jahren sein wird. Darin liegt eine Chance, aber – ich gebe das zu – auch eine Gefahr. Der Lernprozess muss jedoch die Leute einbeziehen. Wir dürfen nicht mit dem fertigen Programm beginnen und die Leute vor die Alternative stellen: «Wenn Ihr dafür seid, dann kommt, wenn Ihr dagegen seid, dann geht.» Was viele Leute sauer macht, ist dieses vermeintlich Radikale, das sich darin erschöpft, dass der Gegner klar feststeht.

Thomas Heilmann: Da wird eine Poch bekämpft, die es vielleicht vor zehn Jahren gegeben hat, als die Grüne Partei noch gar nicht existierte. Von der Neuen

Linken in der Schweiz den Opfergang einer totalen Verleugnung zu verlangen, das geht einfach über die Biographien der Leute hinweg, die seit zwanzig Jahren aktiv sind. Da ist eine Tradition in der Schweiz entstanden, die uns niemand abgenommen hat. Jahrelang haben wir allein gekämpft, auch auf ökologischem Gebiet, auch in der Frauenfrage. Da heute die erwähnten Prozesse in der Neuen Linken im Gange sind, kann ich es nur bedauern, wenn diese Entwicklung ausgerechnet von Leuten verkannt wird, die von anderswoher zu ähnlichen Fragestellungen kommen, wenn also die Grüne Partei öffentliche Erklärungen abgibt über die «marxistisch-leninistische Poch», die mit der Realität nichts zu tun haben. Vor allem der Fraktionspräsident der Grünen, Laurent Rebeaud, vertritt diese überholte Abgrenzungsstrategie.

Jo Lang: Ich habe das Buch «Die Grünen in der Schweiz» von Rebeaud gelesen. Darin sagt er ganz klar: Unverdaulich für die GPS seien das 68er Erbe und die Marxisten. Dabei ist das 68er Erbe eine der wenigen positiven Erscheinungen, die es in der Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg gegeben hat. Dieses Erbe über Bord zu werfen, würde heissen, zum Beispiel auch die Frauenbewegung aufzugeben. Mit seinem Buch grenzt sich Rebeaud auch von SAP und Poch ab, weil diese – im Gegensatz zur GPS – nicht auf dem Boden dieses Rechtsstaates stünden. Aber was ist dieser Rechtsstaat? Das ist der Rechtsstaat, der mit dem südafrikanischen Apartheid-Rechtsstaat verbunden ist, der Rechtsstaat, der mit der Türkei kollaboriert, der Rechtsstaat, der die Schweizer Banken vertritt.

Ich glaube tatsächlich, dass es in der Schweiz mit ihren Banken und dem Finanzplatz relativ einfach ist, zu sagen, welches unsere wichtigsten Feinde sind. In Zug zum Beispiel muss man mich nicht fragen, wo unsere Feinde sind. Ich weiss auch, wer die Marionetten unserer Feinde sind, nämlich die Mehrheit unserer Regierungs- und Parlamentsmitglieder.

Ich kann nichts dafür, wenn die Schweizer Banken Südafrika ausbeuten. Dieses Feindbild zu verwischen, die Verantwortung auch auf Leute zu übertragen, die gar keine Macht haben, bedeutet nur, die wirklichen Machthaber von ihrer Verantwortung zu entlasten.

Hansjörg Braunschweig: Ich bin nicht ganz sicher, ob hier ein wirklicher Gegensatz vorliegt. Jo Lang, Du kannst ja auch nicht ganz ausschliessen, dass wir alle einen Lebensstandard haben, der von der Dritten Welt her gesehen zu hoch ist. In diesem Sinne sind wir mit dieser Ausbeutung verquickt. Auch wenn wir es mit dem Kopf nicht sein wollen, mit dem Bauch sind wir es.

Meine Frage geht aber noch in eine andere Richtung: Wenn Eure Hoffnung in Erfüllung geht, dass die Neue Linke wieder kommt und ihren Zusammenschluss findet, dann freue ich mich natürlich enorm darüber. Bedenken habe ich wegen der Zersplitterung innerhalb der Neuen Linken. Sorgen machen mir vor allem jene Gruppen, die bewusst die Wahlen als unwichtig abgelehnt und boykottiert haben. Die «WoZ» zum Beispiel hat die Linke im Wahlkampf kaum unterstützt. Die «Friedenszeitung» und der «Friedensrat» haben die Leute indirekt sogar aufgerufen, nicht zu wählen. Ich habe dafür Verständnis, aber es ist natürlich eine Schwächung. Oder ich denke an jene, die nur noch den Weg der individuellen Gewalt sehen. Bei allem Verständnis für den Einzelnen, der im Zorn Gewalt anwendet, glaube ich nicht, dass sich das für die Gesamtlinke positiv auswirken wird. Darum die Frage: Können wir, die wir uns zu dieser Neuen Linken zählen – und als Vertreter des linken Flügels der SP rechne ich mich auch dazu –, können wir uns überhaupt noch auf gewisse Fragen einigen? Bei Wahlen machen die einen mit, die andern nicht. Bei Demonstrationen ist es genau dasselbe. Wir bringen fast keine überzeugende Demonstration mehr zustande, ausser wenn gerade die Berner Polizei dazu Gelegen-

heit gibt. Aber wir können doch nicht immer auf Polizeikorps als «grosse Einiger» angewiesen sein. Deshalb kann ich den Optimismus von Jo Lang und Thomas Heilmann nicht ganz teilen, aber die Hoffnung gebe ich selbstverständlich nicht auf.

Ursachen der linken Siege auf dem Land

NW: Diese Strategiefragen sind spannend und Eure Antworten zeigen wichtige und auch neue Perspektiven auf. Ich möchte nun aber doch wieder zur Analyse des Wahlausgangs vom 18. Oktober 1987 zurückkehren. Mir fällt auf, dass es im rot-grünen Spektrum nicht nur Verlierer, sondern auch Gewinner gibt. Wir finden sie in Regionen wie Oberwallis, Jura, Schaffhausen, Zug, Schwyz, Uri und Graubünden. In den Städten hingegen finden wir fast nur Verlierer. Wer kann mir darauf eine Antwort geben?

Hansjörg Braunschweig: Das ist etwas Ähnliches, wie es sich in ganz Westeuropa abspielt. Wir haben Erfolge gehabt in Spanien, Portugal und Griechenland, während wir in den Staaten mit den grossen industriellen Zentren eher Verluste erlitten. Das stimmt mit der Entwicklung in der Schweiz weitgehend überein. Ich denke dabei auch nicht nur an Mandate, sondern ebenso sehr an Begeisterungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft. Sie gehen der SP vor allem verloren. Von Gebieten wie dem Oberwallis geht hingegen ein unerhörter Impuls aus. Auch im Kanton Uri sind offenbar die progressiven Kreise sehr lange unterdrückt gewesen, können sich jetzt aber Geltung verschaffen.

Monika Stocker: Dazu gehört auch das Wort «Wohlstand». Die Arbeiterbewegung ist dort schwächer geworden, wo sie einen gewissen Lebensstandard erkämpft hat, und das ist in den Städten weitgehend der Fall – obwohl ich vor der neuen Armut nicht die Augen verschliessen will. Aber das haben wir im Wahlkampf immer wieder gespürt: Der Opel vor der Gartentür gehört zum Standard,

und den lässt der Genosse von der SP sich nicht wegnehmen, eher wählt er die Auto-Partei. In den angesprochenen Randregionen hingegen steht die materielle Sicherheit wohl noch ganz anders auf dem Spiel als zum Teil in den Städten. Wirklich engagiert sind fast nur noch Bevölkerungskreise mit einem gewissen Leidensdruck.

Jo Lang: Ich komme aus einem Kanton, in dem die Linke stark zugelegt hat, und zwar auf eine recht typische Art: Die SP hat sich mit 23 Prozent gehalten, und die alternative Linke hat sich von drei auf acht Prozent fast verdreifacht. Doch erstens glaube ich, dass derartige Ausnahmereischeinungen zum Teil auf einen Nachholbedarf zurückzuführen sind. Die Linke hat hier nachgeholt, was sie in den 70er Jahren im Rest der Schweiz gewonnen hat. Wenn zweitens das Hauptproblem der Linken die Krise der Arbeiterbewegung ist, dann wird die Linke von dieser Krise dort weniger getroffen, wo die Arbeiterbewegung traditionell eine geringere Rolle spielt. Drittens haben alternative Kräfte und auch SP-Sektionen, die als alternative Kräfte erschienen sind, massiv zugelegt, vor allem dort, wo sie sich auf offensive und erfolgreiche Abstimmungskämpfe stützen konnten wie zum Beispiel gegen die «CH 91», die eine sehr grundsätzliche Frage betraf, bei der die SP allerdings eine schwache Rolle gespielt hat. Die Ergebnisse von Uri, Zug und auch Schwyz sind eindeutige Folgen dieser Abstimmung.

NW: Bemerkenswert ist vielleicht auch, dass es sich hier fast ausschliesslich um katholische «Stammlande» handelt, wo sich die Erosion des Milieukatholizismus und damit ebenfalls des politischen Katholizismus in einem neuen und offeneren Wählerverhalten niederschlägt.

Die Identitätskrise der Arbeiterbewegung

Thomas Heilmann: In den Zentren haben die Grünen, die Grün-Alternativen und überhaupt die Kräfte, die von der

Neuen Linken her kommen, nicht schlecht abgeschnitten. In der Stadt Zürich zum Beispiel kam die Liste Poch/Grün Alternative/Frauen macht Politik! auf über sieben Prozent Wählerstimmen. Das ist das beste Resultat, das eine solche Liste in Zürich je erzielt hat.

Monika Stocker: Es ist den Frauen zu verdanken.

Thomas Heilmann: Wir hatten schon immer Spitzenfrauen auf unseren Listen.

Monika Stocker: Aber auch Spitzenwählerinnen, die diese Frauen unterstützt haben.

Thomas Heilmann: Es ist nun in der Tat eine Krise der traditionellen Arbeiterbewegung festzustellen, die nicht einfach verdrängt werden kann durch das Draufsatteln von neuen Fragen. Das ist vielleicht auch eine Kritik am Politik-Stil des SPS-Präsidenten Helmut Hubacher, der es sich allzu leicht macht mit dem propagandistischen Anhängen einer Frage nach der andern, ohne je Selbstkritik zu üben an dem, was in der Vergangenheit passiert ist. Da heisst es: Wir sind schon immer die Ökologischsten gewesen. Wir sind jetzt die Frauenfreundlichsten, in der Friedenspolitik die Zuverlässigsten, die Sozialsten usw. Dieser Mangel an Selbstkritik in der traditionellen Arbeiterbewegung kommt auch in einem Artikel von Fritz Reimann, dem Präsidenten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, in der «Weltwoche» zum Ausdruck. Gewiss, wir haben diese Schwäche zum Teil mitzuverantworten. Aber die SP hat sie jetzt ausgebadet.

NW: Die eigentlichen Verlierer der Wahlen sind meines Erachtens die Gewerkschaften. Ihre Vertreter wurden haufenweise auf den SP-Listen gestrichen und zum Teil auch weggewählt. Offenbar sind nicht die «Linksintellektuellen» schuld am Niedergang der Linken, insbesondere innerhalb der SP. Warum kann sich ausgerechnet im konservativen Kanton Thurgau ein Thomas Onken als Ständerat durchsetzen? Was müsste sich an der gewerkschaftlichen Strategie ändern? Ist es

damit getan, dass Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter den «langen Marsch» durch die Institution SP antreten, wie Fritz Reimann in der «Weltwoche» fordert?

Hansjörg Braunschweig: Ich weiss nicht, ob das Ergebnis von Thomas Onken als typisch bezeichnet werden kann. Er hat persönlich einen hohen Einsatz geleistet und konnte auch seine eigenen Genossinnen und Genossen begeistern. Dann war auch die Ausgangslage sehr günstig durch den sehr einseitigen Gegenpart. Bei den Nationalratswahlen hingegen hat die SP im Thurgau nicht gut abgeschnitten. Ausschlaggebend also war doch wohl die Persönlichkeit des Kandidaten.

Ich habe natürlich nichts dagegen einzuwenden, wenn Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen wieder in unsere Parteisektionen kommen und den «langen Marsch» durch die SP antreten. Ich freue mich darüber und hoffe, dass viele von ihnen der Aufforderung ihres Präsidenten folgen. Allerdings zweifle ich etwas am Erfolg dieses Aufrufs. Und das hängt wiederum mit der Analyse des Wahlausgangs zusammen. Im übrigen möchte ich nicht so genau unterscheiden zwischen Gewerkschaft und Partei.

Was mich beschäftigt, ist das Problem, dass wir einerseits den Ruf und die Tradition haben, eine Arbeiterpartei zu sein, dass es aber andererseits nur noch etwa 12 Prozent traditionelle Arbeiter gibt. Von ihnen gehen vielleicht drei oder vier Prozent an die Urne. Kommt hinzu, dass die Arbeiter heute am wenigsten bereit sind, ihre eigenen Interessen zu vertreten. Jeder Hauseigentümer und jeder Gewerbler weiss seine eigenen Interessen besser durchzusetzen. Neuerdings gehen diese Kreise sogar auf die Strasse. Die Freisinnigen bringen heute mehr Leute auf die Strasse als die SP. Wir haben demnach die Identität einer Arbeiterpartei zum grossen Teil verloren. Die Arbeiter sind bei uns eine Minderheit wie auch die Intellektuellen, die Ausländer und andere

Gruppen. Eine neue Identität haben wir bis heute nicht gefunden.

Nun gibt es bei uns Leute, die sagen, wir müssten die Mittelschichten ansprechen. Doch was bedeutet dieser undifferenzierte Begriff? Sollen wir uns für Computerfachleute einsetzen mit Einkommen über hunderttausend Franken? Dazu fehlt mir die Lust. Aber was mich interessiert und was Jo Lang angesprochen hat, das sind die Spitalangestellten oder die Verkäuferinnen, dann aber auch jene Gruppen innerhalb der sogenannten Mittelschichten, die heute schlechter gestellt sind als die Arbeiter. Dazu gehören vielleicht sogar Selbständigerwerbende. Wir sollten tatsächlich über unseren eigenen Schatten springen und uns in gewissen Fällen auch für Selbständigerwerbende einsetzen. Das ist dann nicht mehr die alte «marxistische» Grenze entlang den ausschliesslichen Interessen der Arbeiter und Angestellten. Aber vielleicht gibt es heute Selbständigerwerbende, die zu den Schwächeren gehören. Die Arbeiter mit gutem Organisationsgrad, vor allem die Facharbeiter gehören jedenfalls nicht mehr zu den schwächsten Gruppen. Das sind heute die Ausländer. Früher sind die Eigeninteressen der schwächsten Gruppen und die Solidaritätsinteressen für diese schwächsten Gruppen zusammengefallen. Das ist heute nicht mehr der Fall. Nun frage ich mich: Kann man mit diesen vielen neuen Gruppen und Minderheiten eine neue Identität bilden? Auch aus der Sicht der Neuen Linken bereitet es wahrscheinlich Mühe, diese Identität zu bezeichnen.

Ich glaube, dass die Arbeiter und viele andere immer stärker spüren, dass für sie diese Wahlen und das, was wir im Nationalrat machen, nicht von Bedeutung sind. Wenn es um die Schwierigkeiten der Firma Sulzer oder der BBC geht, dann wissen wir keine Antwort und die Gewerkschaft nicht und der Bundesrat nicht. Die Entscheidungen fallen ja ganz woanders. Nicht einmal zu einem Arbeitsinstrument wie dem Computer, der

sich aufgrund wirtschaftlicher und technologischer Sachzwänge immer mehr verbreitet, können wir etwas sagen. Das spüren die Leute, und sie gehen nicht mehr an die Urne.

Thomas Heilmann: Das ist zwar alles richtig. Aber vor den Wahlen gab es eine grosse Propaganda in den linksliberalen Kreisen der Massenmedien, dass bei diesen Wahlen wirklich etwas verändert werden könnte. Doch das Resultat ist gerade umgekehrt herausgekommen, als die breite Propaganda für die «Hoffungswahl» glauben machte. Das müssen wir erklären. «So grün wird die Schweiz», stand in der «Schweizer Illustrierten» eine Woche vor den Wahlen.

Monika Stocker: Das war entweder eine Kalberei, oder dann hatte es System.

Thomas Heilmann: Es gab auch Leute, die ehrlich davon überzeugt waren, dass jetzt zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg die Möglichkeit bestanden hätte, mit dem Stimmzettel neue Mehrheiten zu schaffen und wirklich etwas zu ändern. Trotzdem kam es anders. Heute haben wir im Kanton Zürich 26 Prozent Wählerstimmen rechts vom Freisinn. Das ist mehr, als was SP und Poch zusammen erreicht haben in diesem Kanton.

NW: Was zählst Du zu diesen 26 Prozent?

Thomas Heilmann: Die Schweizerische Volkspartei (SVP), die Nationale Aktion (NA), die Auto-Partei und die Eidgenössisch-demokratische Union (EDU).

Neue Lohnabhängige – oder «Luftabhängige»

Jo Lang: Als Sozialist und Mitglied des Verbands des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) interessiert mich natürlich die Zukunft der Arbeiterbewegung. Der Niedergang traditioneller Sektoren von Lohnabhängigen bedeutet jedenfalls nicht, dass die Lohnabhängigen gesamthaft abnehmen. Es gibt im Gegenteil neue Sektoren, bei denen die Arbeiterbewegung den Anschluss verpasst hat.

Thomas Heilmann: Aber lassen sich diese neuen Sektoren als Arbeitnehmer und

Arbeitnehmerinnen organisieren?

Jo Lang: Diese Frage kann man erst beantworten, wenn man es zuvor versucht hat. Jedenfalls sollte man nicht zum vornherein die Theorie entwickeln, dass es den Zusammenschluss der Lohnabhängigen nicht mehr geben könne. Es hat ihn in dem Sinne, wie wir uns das für gewöhnlich vorstellen, auch gar nie gegeben. Das ist ein schönes Bild, das wir uns von den zwanziger und den dreissiger Jahren machen. Das war auch eine der Hauptschwächen der 68er Linken, dass sie sich an einer Zeit orientierten, die erstens vorbei ist und die zweitens etwas anders war, als sie meinten.

Wie sehr die traditionelle Arbeiterbewegung gegenüber den neuen Sektoren versagt, möchte ich an zwei Beispielen zeigen: Die wenigen Techniker, die versucht haben, sich im Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verband (SMUV) zu organisieren, kamen aus dem Umfeld der Neuen Linken. Die Folge war, dass sie systematisch fertiggemacht wurden. Der VPOD auf der andern Seite ist heute eine dynamischere Gewerkschaft dank den Frauen. Auch diese haben sich hauptsächlich im Umfeld der Neuen Linken organisiert. Doch der VPOD war offen genug, um diese Frauen zu dulden, wenn nicht zu fördern. Als weiteres Beispiel erwähne ich den Kaufmännischen Verein (KV) Zürich, der heute im Interesse der Verkäuferinnen bedeutend dynamischer ist als der Verband der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter (VHTL). Darum sage ich, dass die Arbeiterbewegung nur eine Zukunft hat, wenn sie ihre traditionelle Politik aufgibt. Wenn die fortschrittlich gesinnten Techniker dem SMUV nicht beitreten, so nicht deshalb, weil dieser zu rot ist, sondern weil er ein Papiertiger ist.

Es ist richtig, dass die Ausländerinnen und Ausländer den Hauptteil der traditionellen Sektoren der Arbeitswelt, also Industrie und Bau, ausmachen. Sie kann man nur gewinnen durch eine klare Ab-

sage an Fremdenfeindlichkeit und Chauvinismus. Dadurch verliert man zwar gewisse Schweizer Anhänger, aber man gewinnt dafür an Zukunft.

Die Arbeiterbewegung hat nur eine Zukunft, wenn sie wieder von vorn beginnt wie vor hundert Jahren, und zwar in Richtung drittes Jahrtausend, ohne zu meinen, man könne in kurzer Zeit wettmachen, was in den letzten fünfzig Jahren kaputtgemacht worden ist.

NW: *Gibt es in der Grünen Partei auch Gewerkschaftsmitglieder?*

Monika Stocker: Bei uns hat es sehr viele Lehrerinnen und Lehrer. Die sozialen Berufe ganz allgemein sind in der Grünen Partei gut vertreten.

NW: *Das wären die sogenannten postmaterialistischen Mittelschichten.*

Monika Stocker: Ja, bei den Grünen sind aber auch die Neuen Bauern, die sich bei der SVP nicht mehr zuhause fühlen. Das sind auch neue Gruppen, die heimatlos und ohne politische Identität sind. Ich weiss aber nicht, ob die Grüne Partei ein Sammelbecken für diese Gruppen werden kann und soll. Das muss sich erst noch zeigen.

Hansjörg Braunschweig: Gab es in den zwanziger und dreissiger Jahren nicht doch eine Identität unter den Lohnabhängigen? Ist das wirklich nur ein schönes Bild, das wir in diese Zeit zurückprojizieren? Gab es damals nicht vielmehr auch eine gute Wirklichkeit? Ein älterer Bauarbeiter hat mir erzählt: «Wenn wir zu Demonstrationen aufgerufen wurden, dann sind in ganzen Quartieren der Stadt Zürich sämtliche Baustellen stillgestanden, weil alle geschlossen dorthin gegangen sind.» Die Leute hatten auch ihre Symbole in der Kleidung und in der Sprache. Sie nannten sich zum Beispiel noch «Genosse». Sie hatten kulturelle Querverbindungen wie die «Naturfreunde» und den Arbeiter-Turnverband (SATUS), Organisationen, die heute geschwächt und überaltert sind. An deren Stelle sind neue Organisationen getreten, an die Stelle der «Naturfreunde» zum Beispiel

der WWF, an die Stelle des Arbeiter-Touringclubs der Verkehrs-Club der Schweiz (VCS) usw. Aber es war nicht möglich, die alten Organisationen in die neuen hinüberzuführen. Hier gilt es, neue Wege zu finden.

Hinzu kommt, dass die Angehörigen neuer Schichten, die wir ansprechen möchten, die Spitalangestellten zum Beispiel, sich nicht als Arbeiter oder Arbeiterinnen verstehen. Sie wollen auch nicht zur Arbeiterbewegung gehören. Das alles sind für sie fremde Begriffe. Sie wollen auch nicht Lohnabhängige sein, eher noch «Luftabhängige». Das ist ja die Chance der Grünen. Also müssten wir neue Formen finden, wie wir diese Leute ansprechen könnten. Das macht uns so Mühe.

Themen, die Identität stiften: Frauenfrage, «Risikogesellschaft», Alter, Solidarität

NW: *Welche Themen könnten für ein grün-rotes oder rot-grünes Bündnis identitätsstiftend sein? Inwiefern könnten diese Themen in einem zweiten Schritt auch mehrheitsfähig werden? Ist es nicht irgendwie absurd, dass gute Umweltpolitik bei Wahlen nicht honoriert wird, obschon die Mehrheit der Bevölkerung eine umweltfreundliche Politik will? Ist es nicht verhängnisvoll, dass die Gestaltung der Gesellschaft immer mehr der Politik davonläuft und in die Wirtschaft verlagert wird, wie die Transaktionen um Sulzer, BBC, Jean Frey usw. zeigen, nicht zu reden vom Börsenkrach, während ausgerechnet jene Parteien die Zeche bezahlen müssen, die genau diese Entwicklung aufhalten möchten?*

Monika Stocker: Erstes Thema für mich ist die Frauenfrage. Sie ist die kulturelle Entwicklung in diesem Jahrhundert, die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann und die wirklich parteiübergreifend ist. Darin liegt ein Hoffnungszeichen, und unter diesem Aspekt, aber nur unter diesem, waren die Wahlen ein Erfolg. Auch im Kanton Zürich ist dank dieser

parteiübergreifenden Frauensolidarität einiges verhindert und einiges ermöglicht worden.

Weitere Themen betreffen die Aspekte, die zum Beispiel der Soziologe Ulrich Beck in seinem Buch «Risikogesellschaft» aufgedeckt hat. Das ist für mich ein Schlüsselbuch, um zu verstehen, was mit der SP, was mit der Linken läuft und warum ich jetzt bei den Grünen gelandet bin. Das sind die Themen am Ende des alten und am Beginn des neuen Jahrtausends.

NW: Nämlich?

Monika Stocker: Was heisst zum Beispiel «Smog macht demokratisch»? Inwiefern ist die neue Technologie ein Schlüssel zum nächsten Jahrtausend? Was bedeutet die soziale Wohlfahrt, die wir erreicht haben, was die Ausgrenzung bestimmter Gruppen, die wir dann wieder über die soziale Fürsorge zufriedenstellen? Natürlich hat diese Fürsorge auch eine Entlastungsfunktion. Das sieht man jetzt bei der Abstimmungskampagne gegen die Mutterschaftsversicherung. Da wehren sich plötzlich Leute für die Fürsorge, die sonst jeden sozialen Fortschritt ablehnen. Das sind ein paar Schlüsselthemen, die wir gemeinsam aufarbeiten müssten. Ich denke aber auch, dass der 19. Oktober längerfristig wesentlich mehr verändern wird in dieser Welt als der 18. Oktober.

Jo Lang: Es wäre für mich Ausdruck eines zu kurzfristigen Denkens, wenn wir jetzt schon hauptsächlich nach mehrheitsfähigen Themen suchen wollten. Die Krise der Linken in der Schweiz ist viel tiefer, als dass wir sie in zehn Jahren lösen könnten. Wir müssen dort ansetzen, wo das Hauptproblem liegt: dass die sozialen Netze, die es in den zwanziger und dreissiger Jahren noch gab, neu geknüpft werden müssen. Das Bürgertum ist als Klasse sehr kompakt, es muss keine sozialen Netze knüpfen. Anders die Opposition, weil dieses System als Markt und Kommerz die sozialen Netze immer wieder zerreisst. Heute bezahlen wir die

Rechnung für vierzig Jahre, in denen keine sozialen Netze mehr geknüpft und keine soziokulturellen Beziehungen mehr geschaffen wurden. Der Hauptwert, mit dem wir uns behaupten müssen, ist der Slogan der Berner Spitalbewegung «Zäme geit's», die Solidarität. Dabei ist die Frage nicht, ob sich diese Neubewegten als «Lohnabhängige» verstehen. Entscheidend ist, wofür sie sich konkret bewegen: für mehr Freizeit, Einschränkung und bessere Entschädigung der Nachtarbeit, bessere Arbeitsbedingungen. Exotisch sind sie allerdings, weil sie die Solidarität fordern, die verlorengegangen ist.

Der Börsenkrach mit der Rezession, die sicher kommen wird, macht diese Solidarität noch viel dringender. Ich glaube, dass wir hier auch durchwegs mehrheitsfähige Themen haben wie zum Beispiel die Senkung des Rentenalters, den Ausbau der AHV oder die Senkung der Militärausgaben. Wobei die Katastrophe, welche die Mutterschaftsversicherung am nächsten Wochenende erleben wird, zeigt, wie sehr wir hier noch am Anfang stehen und wie stark die neoliberale Ideologie in der Schweiz das solidarische Denken zerstört hat. Ohne die Solidarität wiederherzustellen, haben wir keine grosse Chance.

Thomas Heilmann: Das ist mir nun doch etwas zu plakativ geraten, was Jo gesagt hat. Ich möchte nicht in einer Bewegung mitarbeiten, die diese sozialen Netze, wie sie in den zwanziger und dreissiger Jahren bestanden haben, neu knüpfen möchte. Wir sollten ein viel kritischeres Verhältnis gewinnen zur traditionellen Arbeiterbewegung, insbesondere auch zur kommunistischen Arbeiterbewegung mit ihrem Mief und ihren Zwängen. Ich glaube auch nicht, dass die Neukonstituierung von politischen Bewegungen über die Identität geht, die am Arbeitsplatz gewonnen wird. Hingegen bin ich mit Monika Stocker sehr einverstanden, wenn sie in diesem Zusammenhang das Buch «Risikogesellschaft» von Beck er-

wähnt. Das habe ich auch gemeint, als ich weltanschauliche Grundlagen des Politikmachens ablehnte.

Wir müssen die Themen finden, die in der Schweiz tendenziell mehrheitsfähig sind. Das sind natürlich die Umweltthemen und nicht die sozialen Themen – trotz Börsenkrach. Es geht um die «Demokratisierung der Luftverschmutzung», um die «Demokratisierung der Risiken». Atompolitik gehört nach wie vor an die erste Stelle der Auseinandersetzung, dann aber auch Strassenbaupolitik. Das sind nicht einfach Randgebiete, die wir als Nebengewürse betrachten dürften, damit man die Leute gewinnen und dann zu den eigentlichen sozialen Fragen hinführen könnte. Da gibt es schon Differenzen zwischen den Diskussionen in der heutigen Pöch und in anderen Organisationen der Neuen Linken.

Monika Stocker: Ein weiteres Thema, um das wir in der nächsten Zeit nicht herumkommen werden, ist das Thema «Alter». Hier wird auch ein Gespräch mit bürgerlichen Politikern möglich sein. Dass wir im Jahr 2000 einen Drittel mehr Betagte und einen Fünftel mehr Hochbetagte haben werden, wird uns vor eine soziale Frage stellen, an der niemand vorbeikommt. Schon heute haben wir in der Stadt Verwahrloste mit zweiter und dritter Säule. Die sitzen mit ihrem Bankbüchlein in ihrer Sieben-Zimmer-Wohnung, aber mausbeinallein. Da entsteht geradezu ein neues Massenelend. Ein anderes Thema ist der Zerfall der Familie. Wie der neueste Frauenbericht sagt, haben wir nur noch 21 Prozent verheiratete Schweizerinnen mit Kindern. Das ist eine Minderheit, obwohl alle Politiker tapfer das Gegenteil behaupten. Mit dem Smog, der demokratisch machen wird, weil es auch im Zürichberg oben stinkt, will ich mich nicht begnügen. Es gibt darüber hinaus soziale Entwicklungen, die uns wieder eine neue soziale Verantwortung auferlegen werden. Ob wir die Lösungen dann als Linke oder parteiübergreifend suchen, ist wieder eine andere

Frage. Anders als die traditionelle SP will ich bei den Lösungen für diese neuen sozialen Fragen gar nicht unbedingt «mehr Staat».

Netze suchen für unsere Zeit

Hansjörg Braunschweig: Mir gefällt das Erscheinungsbild der Berner Spitalbewegung. Was mir aber fehlt, ist die Gesamtheit. Diese Leute üben untereinander Solidarität und führen Lohnkämpfe durch. Doch die Verbindung zwischen ihnen und anderen, die Solidarität nötig haben, vielleicht nur schon in Bern-Land, ist wahrscheinlich nicht vorhanden. Dabei gab es einmal eine Bewegung, die sogar international war. Hier das Gemeinsame zu suchen, wäre schwierig.

Die sozialen Netze sind für mich auch eine ganz zentrale Frage. Wir müssen ja nicht irgendwo zu Beginn dieses Jahrhunderts wieder anfangen. Wir müssen vielmehr Netze suchen für unsere Zeit. Die «Rote Fabrik» in Zürich wäre zum Beispiel auch ein solches Netz. Es gibt ferner den interessanten Versuch von Ruedi Strahm, die «Naturfreunde» in unsere Zeit hinüberzuführen. Auf den Erfolg bin ich gespannt.

Kehrseite der fehlenden Netze ist die zunehmende Einsamkeit. Alle natürlichen Beziehungen verschwinden: Der Milchmann kommt nicht mehr, in der Eisenbahn fehlt der Kondukteur, statt dessen brauchen wir Sozialarbeiter, Psychiater und Psychologen. Vor 20 Jahren empfing ich als Amtsvormund in der Woche um die 20 Leute, heute sind es etwa 60 bis 70. Sie wurden alle aus dieser Wirtschaft herausgespült. Im besten Fall bekommen sie eine IV-Rente, sonst halt eine Fürsorgeleistung oder eine Arbeitslosenhilfe. Sie sind ausgesteuert, haben ein furchtbar langweiliges Dasein und leiden darunter. Diese Gruppe, die zur völligen Inaktivität verurteilt ist, wird immer grösser, während die Gruppe der Aktiven immer mehr unter Stress steht. Gegenüber dieser sozialen Frage, wie ich

sie erfahre, hat unsere Partei allerdings Mühe, die richtigen Antworten zu finden.

Jo Lang: Ich will mit den sozialen Netzen und Beziehungen nicht einfach an die dreissiger Jahre anknüpfen. Heute sind die Leute viel individueller, und das auch im positiven Sinn des Wortes. Aber zum Beispiel die «Zaffaraya»-Bewegung und die Spitalbewegung in der gleichen Stadt Bern sind für mich Vorschein oder möglicher Anfang einer neuen Kultur.

«Soziale Frage» heisst nicht nur: Wie hilft der Staat dem «armen Teufel»? «Soziale Frage» heisst auch: Inwieweit können soziale Schichten Protagonisten von Bewegungen sein, und zwar nicht nur von Bewegungen zur Lösung der sozialen Frage, sondern auch von Bewegungen zur Lösung der Umweltfrage. Ich glaube nicht, dass die Umweltfrage die Klassengegensätze zwischen Bürgertum und Lohnabhängigen unerheblich macht. Die Umweltkatastrophe wird das Bürgertum nicht dazu bringen, seinen Profit und sein System in Frage zu stellen, genau wie es die Kriegsfolgen auch nicht vermochten – abgesehen von individuellen Ausnahmen. Wenn der 18. Oktober etwas gezeigt hat und wenn es der 6. Dezember mit der Ablehnung der Mutterschaftsversicherung nochmals zeigen wird, dann die Tatsache, dass das Bürgertum ein klares Klassenbewusstsein hat und die Klasseninteressen über alles stellt.

Thomas Heilmann: Das verstehe ich jetzt wirklich nicht. Wenn die Mutterschaftsversicherung abgelehnt wird, dann hat eine Mehrheit von Nichtbürgern dagegen gestimmt.

Jo Lang: Es gibt doch in der Schweiz gar kein anderes Massenbewusstsein als das bürgerliche. Es gibt kein Gegen-Bewusstsein zum bürgerlichen, das massenweisen Einfluss hätte.

Hansjörg Braunschweig: Ein proletarisches Gegen-Bewusstsein?

Jo Lang: Sagen wir ein alternatives Gegen-Bewusstsein der Solidarität. Als

Massenbewusstsein gibt es das nicht. Darum fällt die Mehrheit der Lohnabhängigen auf eine Kampagne herein, die klar aus bürgerlichen Kreisen kommt.

Was heisst linke Präsenz in der Wirtschaft?

NW: Ich vermisse noch eine Antwort auf meine Frage nach dem Verlust an politischer Gestaltungskraft in den staatlichen beziehungsweise demokratischen Institutionen.

Jo Lang: Wenn die Parlamente immer weniger zu sagen haben zu dem, was die Wirtschaft macht, dann ist es umso notwendiger, dass die Linke in der Wirtschaft präsent wird, und das heisst: in den Betrieben und Büros. Ich meine damit aber nicht die Einsitznahme in den Verwaltungsräten, die Mitbestimmung. Die Erfahrungen in der BRD zeigen, dass die Mitbestimmung den Gewerkschaften die Zähne zieht und das Gehirn der Beteiligten mit dem Gift der Unternehmerlogik infiziert. Damit meine ich Widerstand im Betrieb, also gegen das, was bei Sulzer passiert oder bei Sandoz der Fall war. Die Umweltkatastrophe hängt auch damit zusammen, dass die Gewerkschaften viel zu wenig Rechte haben, dass sie vor allem viel zu wenig Bewusstsein haben von ihrer Verantwortung, die sich nicht nur auf mehr Lohn, sondern auch auf die Sicherheit im Betrieb erstreckt.

Hansjörg Braunschweig: Etwas hat Jo Lang jetzt nach meiner Meinung übergangen: Das ist die Entwicklung vom klassischen Eigentümer-Unternehmer zur anonymen Unternehmung, die wir überhaupt nicht mehr im Griff haben. Früher gab es noch den Kapitalisten, auf den man böse sein konnte. Heute gibt es diesen nicht mehr, so wie es auch den Proletarier mit dem roten Halstuch nicht mehr gibt. Auch die Leute ganz hoch oben sind Sachzwängen unterworfen. Das macht die Sache so schwierig.

NW: Es gibt diesen Kapitalisten allenfalls noch als mittelständischen Unternehmer.

Hansjörg Braunschweig: Ja, aber der ist ja nicht gefährlich.

NW: *Das ist immerhin derjenige, von dem die aggressivste Eigentumsideologie ausgeht und der heute auch das Referendum gegen die Mutterschaftsversicherung unterstützt.*

Hansjörg Braunschweig: Das ist richtig. Bei Sandoz oder Sulzer liegt das Problem aber anders. Da sehe ich im Moment noch nicht, wie die beste Gewerkschaft Widerstand leisten könnte gegen solche Machenschaften.

Thomas Heilmann: Das Stichwort «Sandoz» zeigt, dass es nicht nur um eine Wirtschaft geht, die unkontrolliert ist, sondern dass ein subpolitischer Bereich auch Wissenschaft geworden ist. Heute werden in Basel Wissenschaft und wirtschaftliche Macht miteinander verknüpft, um uns die Chimäre einer sanften Technologie vorzugaukeln, hinter der nur die Gentechnologie steht. Das ist jetzt der «Zukunftsoptimismus» von Basel, den die Gewerkschaft leider mitträgt.

Monika Stocker: Mir fällt in meiner beruflichen Arbeit auf, wie sehr auch der Manager seinen Depressionen unterliegt. Er kann das eine Zeitlang überspielen, aber mit fünfzig klappt er dann doch zusammen. Darum ist er auch empfänglich für wertkonservative Fragestellungen wie: Was stiftet eigentlich Sinn in meinem Leben? Wenn ich mit diesen Leuten zum Beispiel über freiwillige Hilfe für Strafgefangene spreche, entstehen plötzlich Vernetzungen, an die ich früher nie gedacht hätte. Wir kämpfen gerne auf der Seite der Unterdrückten, aber wir lassen uns zu wenig einfallen gegenüber der Seite der Unterdrücker. Da müssten wir über neue Strategien diskutieren. Im Nationalrat gibt's in den nächsten Jahren auch nur eine Mehrheit, wenn ein paar CVPler kippen oder ein paar Freisinnige sich wirklich liberal verhalten.

Kein «Wort zum Tage»

NW: *Auf meine Frage nach identitätsstiftenden und mehrheitsfähigen Themen*

habt Ihr mit einem sehr breiten Spektrum von Problemen geantwortet, deren Lösung weitgehend noch aussteht.

Monika Stocker: Wir brauchen ja auch nicht einfach ein «Wort zum Tage».

NW: *Richtig. Diese Diskussion hat trotzdem etwas Ermutigendes für mich.*

Hansjörg Braunschweig: Wo finden eigentlich sonst noch derartige Gespräche statt. Ihr alle habt Eure internen Diskussionen. Aber diskutiert Ihr auch über Eure Parteigrenzen hinweg miteinander, wie es hier der Fall ist?

Monika Stocker: Was wir mit dem «Friedensforum» in Zürich versuchen, geht in diese Richtung. Hier möchten wir ohne gegenseitige Berührungängste an einem Thema arbeiten.

Jo Lang: Vordringlich ist, dass die Oppositionskräfte ein Beziehungsnetz aufbauen. Es war stärker in den 70er Jahren. Aber jede Bewegung, die in einem Abschwung sich befindet, droht zu zersplittern. Genau diese Zersplitterung müssen wir aufhalten.

NW: *Ich freue mich, dass unsere heutige Diskussion im Rahmen der «Neuen Wege» stattgefunden hat; denn die sozialistische Ökumene gehört zu unserem Auftrag. Gerne leisten wir einen Beitrag zur sozioethischen Vernetzung der verschiedenartigen Erfahrungen und Interessen, die in dieser Diskussion hervorgetreten sind. Ich hoffe, dass unser Gespräch in der einen oder andern Form weitergeführt werden kann. Für Eure engagierte Teilnahme danke ich Euch ganz herzlich, auch im Namen unserer Leserinnen und Leser.*